

Maggies kalter Schatten

Viele Briten leiden unter den Folgen des Thatcherismus

Michael Heseltine hatte es eilig, die frohe Botschaft zu verkünden. Einen Tag früher, als von der Regierung geplant, veröffentlichte der britische Vizepremier am Dienstag vergangener Woche die aktuelle Arbeitslosenstatistik. Danach waren zum Jahresende im Vereinigten Königreich 2 236 900 Menschen beschäftigungslos; das entspricht acht Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung.

„Unglaublich!“ frohlockte da – auf deutsch – der rechtskonservative und traditionell deutschfeindliche *Daily Telegraph*. Erstmals in den letzten 30 Jahren liege damit die britische Arbeitslosenrate unter der deutschen.

Selbst amtliche Wirtschaftsexperten räumen allerdings ein, daß die wahre Zahl der Arbeitslosen um bis zu einer halben Million höher liegen könnte. Bis heute wird die Zahl der Werkstätigen in England statistisch nicht genau erfaßt. Dementsprechend ungenau sind zwangsläufig die Arbeitslosenziffern.

Für Regierungschef John Major steht dennoch fest: „Alle Indikatoren zeigen, daß unsere Wirtschaft immer besser da steht. Wir liegen in Europa an der Spitze.“

Den Optimismus des Premierministers teilen zwar immer weniger Bürger, dafür um so häufiger ausländische Investoren. Für sie zählt Großbritannien mittlerweile zu den attraktivsten Wirtschaftsstandorten Europas. Allein mehr als 1000 deutsche Unternehmen produzieren auf der Insel, sie schufen rund 100 000 Arbeitsplätze. Derzeit baut der Elektro-Multi Siemens in Newcastle eine Chipfabrik.

Hauptgrund des Investitionsbooms der Ausländer: Britische Arbeitnehmer verdienen deutlich weniger als ihre Kollegen in anderen westeuropäischen Ländern. Die Arbeitskosten liegen mit durchschnittlich 22 Mark pro Stunde halb so hoch wie etwa in Deutschland. Die Lohnkosten erreichen mit 15,75 Mark zwei Drittel, die Lohnnebenkosten mit



Premierministerin Thatcher (1987)
Gewerkschaften gezähmt

6,31 Mark gerade ein Drittel der deutschen.

Britische Beschäftigte haben weniger Urlaub als deutsche, kennen keinen Mindestlohn und arbeiten länger. Und, besonders beliebt bei ausländischen Firmen: Die Macht der Gewerkschaften ist gering, sie schwindet weiter.

Das günstige Klima für Kapitalanleger schuf Majors Vorgängerin Margaret Thatcher, die in elfeinhalb Jahren als Premier Großbritannien wirtschaftlich wie gesellschaftlich nachhaltig umkrepelte. Nachdem die „eiserne Lady“ 1990 in einem Parteiputsch zum Rücktritt gezwungen worden war, legten sich die Folgen ihrer ökonomischen Heilslehre bis heute wie ein kalter Schatten über das Land.

„Thatcherismus“ bedeutete wirtschaftlicher Aufschwung auf Kosten eines radikalen Abbaus des Sozialstaates. An die Stelle des bis dahin von Briten traditionell praktizierten Gemeinnsinns trat eine Ellbogengesellschaft, deren innerer Zusammenhang stärker denn je gefährdet ist.

Als die Lady, bei Freund und Feind ob ihrer oberlehrerhaften Arroganz gefürchtet, 1979 das Land übernahm, galt Großbritannien als „kranker Mann Europas“. Thatcher langte sofort zu. Getreu ihrer ehernen Maxime, daß der Staat sich weitestgehend aus der Wirtschaft zurückzuziehen habe, kürzte sie Steuern und kappte Staatsausgaben.

Die Verehrerin der Nobelpreis-Ökonomen Milton Friedman und Friedrich August von Hajek setzte auf „neues Leistungsdenken“, zähmte die



Obdachlose in Großbritannien: Millionen wurden an den Rand der Gesellschaft gedrückt

allzeit streikbereiten Gewerkschaften und verkündete ein umfassendes Privatisierungsprogramm: Sie verkaufte Dutzende Staatsunternehmen, darunter erlauchte Firmen wie Jaguar und Rolls-Royce sowie die Telefongesellschaft des Landes.

2,5 Millionen Briten erwarben zu Sonderpreisen Wohnungen und Häuser aus Staatsbesitz und kauften Aktien der privatisierten Unternehmen. Doch eine hohe Inflationsrate, der Kursverfall des Pfundes, steigende Zinsen sowie das stetig wachsende Heer von Arbeitslosen setzten Maggies Boomjahren ein jähes Ende.

Als sie verbittert und uneinsichtig zurücktrat, hinterließ Thatcher die Trümmer ihres Wirtschafts- und Wertesystems, vor allem eine klaffende Lücke zwischen Arm und Reich, wie sie sich seit der industriellen Revolution nicht mehr aufgetan hatte. Ihre rabiaten Schnitte ins soziale Netz haben Millionen Briten, die sich früher stolz zum Mittelstand zählten und nun plötzlich die Kredite ihrer Eigenheime nicht mehr zahlen konnten, an den Rand der Gesellschaft gedrückt.

Viele vermeintliche Profiteure des künstlichen Wirtschaftswunders sind sogar in der Gosse gelandet. Jeffrey, 46, gehört zu den Zehntausenden von Obdachlosen in London, die im Freien überleben. Sein derzeitiges Domizil ist ein Hauseingang an der Geschäftsstraße Strand, nahe dem Regierungsviertel. Ein sorgsam gefalteter Pappkarton soll gegen die Winterkälte schützen.

Jeffrey hatte sich 1981, befeuert von Thatchers Credo des „freien Unternehmergeistes“, mit einer Computerfirma selbständig gemacht. Anfangs lief der Laden prächtig, doch dann kam die Rezession. Erst blieben die Kunden weg. Dann drängte die Bank auf Rückzahlung der happigen Kredite, 1989 folgte die Pleite.

Bis auf den letzten Penny gepfändet, ohne Aussicht auf staatliche Unterstützung für eine Unterkunft oder gar einen guten Job, landete der gescheiterte Unternehmer auf der Straße. Wut auf die mittlerweile von der Queen zur Baronin geadelte eiserne Lady? Nein, sagt Jeffrey, es hätte „ja auch gutgehen können“. Wenigstens bei ihr selbst habe der Thatcherismus ja geklappt: „Zuerst machte sie uns arm, und jetzt verdient sie Millionen.“

Beiträge zur Krankenversicherung um 0,3 Prozentpunkte und die Erhöhung der Pflegeversicherungsbeiträge um 0,7 Prozentpunkte unabwendbares Schicksal.

Hinzu kommt eine neue Schreckensmeldung: Die Rentenversicherung, die 1996 gerade um 0,6 Prozentpunkte teurer geworden ist, steckt schon wieder in der Klemme – eine Anhebung um mindestens 0,1 bis 0,2 Beitragspunkte wird fällig.

Bei einem Treffen mit Gewerkschaftern gab Blüm am Freitag vergangener Woche zu, der Beitrag werde bei Nichthandeln binnen kurzem auf 19,3 oder 19,4 Prozent steigen – schlimmstenfalls sei sogar ein Anstieg auf 19,8 Prozent zu befürchten.

Ludewig hat auch die Durchsetzung seiner Vorschläge schon im Programm. Sein Masterplan: In einem ersten Schritt müssen die vorgesehenen Einsparungen bei Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und die dritte Stufe der Gesundheitsreform realisiert werden.

wolle, so der Arbeitsminister im kleinen Kreis der wichtigsten Minister und der Fraktionsspitze der Union, werde sie mit Sparen allein wenig bewirken: Um die Arbeitnehmer und – vor allem – die Unternehmen schon 1997 von Sozialkosten zu entlasten, sei vor allem eines nötig – eben die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Werde erneut an der Steuerschraube gedreht, hielt Waigel dagegen, sei die Senkung der Sozialabgaben nur von kurzer Dauer. CSU-Vize und Gesundheitsminister Seehofer assistierte: „Die ohnehin schwache Sparkraft wird weiter geschwächt.“

Außerdem, wandte Waigel ein, kassierten bei der Mehrwertsteuererhöhung die Länder mit, ohne neue Lasten zu übernehmen. Nur wenn die SPD-Länder zu bewegen sind, ihren Teil der Beute dem Finanzminister zu lassen, hat der Plan eine Chance. Denn im Bundesrat haben die Sozialdemokraten das Sagen. Der Steuerplan bedeutet daher de facto eine Große Koalition.

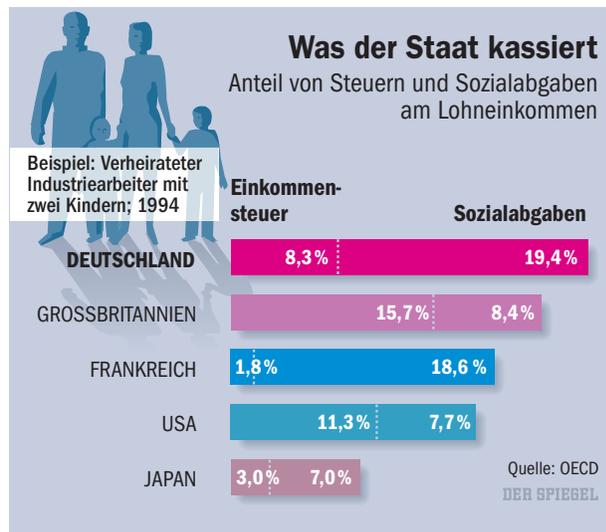
Seehofer ist überzeugt, daß die Frage nur im Konsens der Unionsparteien entschieden werden kann: „Gegen Theo Waigel wird der Kanzler das nie machen.“

Dabei kann die Erhöhung der Mehrwertsteuer ökonomisch sogar sinnvoll sein – wenn im Gegenzug tatsächlich die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Diese Steuer auf alle Waren und Dienstleistungen, die derzeit 15 Prozent beträgt, wird komplett auf den Verbraucher abgewälzt, die Unternehmen bleiben verschont. Vor allem die Exporteure spüren nichts.

Die Senkung der Lohnzusatzkosten würde die Schaffung neuer Jobs spürbar erleichtern. Im Computermodell des Arbeitsministeriums haben Ökonomen bereits zwei Szenarien durchgespielt: die Erhöhung der Mehrwertsteuer um fünf Prozentpunkte oder um einen Prozentpunkt, bei gleichzeitiger Senkung der Sozialbeiträge um den gleichen Betrag.

Im ersten Fall erhöht sich die Zahl der neuen Jobs nach drei Jahren um 500 000, im zweiten, sanfteren, immer noch um 100 000 Stellen – zumindest im Computermodell. In beiden Fällen schneidet, nach anfänglich höheren Defiziten, im dritten Jahr auch die Staatskasse um Milliarden besser ab.

Mit dem Abbau der Lohnnebenkosten will sich Ludewig nicht begnügen. Unter der Zeile „Für eine wachstumsstärkende Steuerpolitik“ bot er den Zuhörern der Vorstandsklausur einen weiteren Kraftakt: Neben die angekündigte Unternehmenssteuerreform müsse eine „durchgreifende Reform“ der Lohn- und Einkom-



Gleichzeitig solle die Regierung eine Verringerung der Sozialbeiträge ankündigen – und die Finanzierung noch im dunkeln lassen. Andernfalls, so die Sorge, schwinde der Druck zum Sparen.

Dann aber, in der zweiten Jahreshälfte, müsse der große Schlag folgen: Senkung der Sozialbeiträge, insbesondere des Arbeitslosenbeitrages mit dem Ziel, die Lohnkosten zu reduzieren. Ein Gesetz soll die Ausgaben für Umschulung und Wiedereingliederung von Arbeitslosen zu allgemeinen Staatsausgaben erklären.

Doch die dürfen nicht den Versicherungen aufgebürdet werden. Das ohnehin angespannte Staatsbudget müßte zusätzliche Milliarden übernehmen.

Norbert Blüm kam die bislang verpönte Vokabel von der Steuererhöhung am leichtesten über die Lippen. Wenn die Regierung die Arbeit billiger machen